

»Erstmals haben
demokratisch gesinnte
Russinnen und Russen
auf europäischer Ebene
ein Sprachrohr.«

YELIZAVETA LANDENBERGER

*Den Beitrag »Strategisch vereint: Russlands
Exil-Demokraten« finden Sie auf Seite 17.*

Wahljahr 2026: Der Start entscheidet

Von ALBRECHT VON LUCKE

Das deutsche Wahljahr 2026 ist in bemerkenswerter Weise zweigeteilt: In der ersten Hälfte geht es mit den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz am 8. und 22. März noch einmal ganz um die alten, die Bonner Republik prägenden Parteien. Die exakt ein halbes Jahr später stattfindenden Wahlen in Ostdeutschland sind hingegen der Vorschein einer neuen, längst fatal »normal« gewordenen Republik. In diesem neuen Deutschland konkurriert nicht mehr, wie zuvor bald 80 Jahre lang, eine Partei der rechten Mitte gegen eine der linken um das Regierungsamt, sondern wir haben es stets mit einem Wettstreit nur noch einer Partei der alten Republik gegen die eine ganz neue, ganz rechte Partei zu tun, nämlich mit der AfD. Und damit allein mit der Frage, ob es weiter gelingen kann, die Rechtsradikalen von ihrem ersten Wahlsieg abzuhalten.

2026 ist das Jahr, in dem die AfD den großen Durchbruch plant. Und es ist alles andere als ausgeschlossen, dass ihr dies gelingt. Mit den Wahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern am 6. und 20. September wird sich erweisen, ob die Brandmauer noch steht, oder ob es die AfD tatsächlich schafft, so stark zu werden, dass kein Weg mehr an ihr vorbeiführt. Insofern ist der Fokus schon jetzt vor allem auf Sachsen-Anhalt gerichtet, wo die AfD eine absolute Mehrheit anstrebt. Das verkennet allerdings eines: Entscheidend wird sein, wie die Parteien in dieses Wahljahr starten. Misslingt ihnen der Einstieg, kann sich dies wie ein Dominoeffekt bis zum Ende hin fortsetzen.

Für eine Partei geht es tatsächlich bereits am 8. März um alles oder nichts, nämlich für die FDP. Der Südwesten war stets der Vorreiter des deutschen Liberalismus, seit der liberalen Verfassung Badens von 1818 über das Hambacher Fest von 1832 bis zur gescheiterten Revolution von 1848. An diese Tradition knüpften »die Liberalen« einhundert Jahre später und damals erfolgreich an, als die FDP mit Reinhold Maier in Baden-Württemberg (anfangs noch Württemberg-Baden) von 1945 bis 1953 zum ersten und einzigen Mal einen Ministerpräsidenten stellte (wenn man von den 27 Tagen des unglückseligen Thomas Kemmerich als Kurzzeit-Ministerpräsident Thüringens von AfDs Gnaden im Jahr 2020 einmal absieht).

Dass mit Theodor Heuss von 1949 bis 1959 zugleich der erste Bundespräsident aus den Reihen der Liberalen stammte, verweist auf deren enorme Bedeutung in der Bonner Republik – und auf ihren rasenden Niedergang in den vergangenen Jahrzehnten. Heute ist Baden-Württemberg das einzige Bundesland, in dem die FDP seit seiner Neugründung 1952 durchgängig im Landtag sitzt. Dagegen ist sie in vielen anderen Ländern, insbesondere im Osten, längst zur Splitterpartei geworden.

Mit dem Wahlgang in Baden-Württemberg kämpft die Partei daher um ihre wohl letzte Überlebenschance. In Rheinland-Pfalz hat sie dagegen kaum mehr eine wirkliche Aussicht, in den Landtag

ALBRECHT VON LUCKE,
geb. 1967 in Ingelheim am Rhein, ist Jurist, Politikwissenschaftler und »Blätter«-Redakteur.

einziehen, obwohl sie dort derzeit noch an der einzigen verbleibenden Ampelregierung des Landes beteiligt ist. Nach ihrer absehbaren Niederlage am 22. März bleibt der FDP daher nur noch eine letzte Regierungsbeteiligung – bezeichnenderweise an der sogenannten Deutschlandkoalition aus CDU, SPD und FDP in Sachsen-Anhalt, die definitiv am 20. September zu Ende gehen wird. Daran zeigt sich: Jene drei Parteien, die noch bis 1983 das gesamte Parteienspektrum der Bundesrepublik abgebildet haben, sind mittlerweile selbst

gleich den Menschen im Lande das Blaue vom Himmel verspricht, etwa ein Rentenniveau von 70 Prozent bei gleichzeitig maximaler Steuersenkung, sprich: die Quadratur des Kreises.

Grünes Aus in Baden-Württemberg?

In gewisser Weise steht die Übernahme des Partei-Liberalismus durch die AfD in der fatalen Tradition der nationalistischen Wende des deutschen Bürgertums, wie sie bereits zweimal in der jüngeren Geschichte erfolgte: nach dem Scheitern von 1848 und in der Krise der 1920er Jahre.²

Die Wahl in Baden-Württemberg gibt aber nicht nur Aufschluss über die Zukunft der Neo- und Nationalliberalen, sondern auch über die des Linksliberalismus. Es waren die Grünen, die die bürgerrechtliche Seite der FDP vor 40 Jahren mehr und mehr beerbten und darüber bis noch vor kurzem hofften, die neue starke Partei der linken Mitte zu werden. Die 2010er und frühen 2020er Jahre waren insofern durch das Bemühen der Grünen geprägt, der SPD die angestammte Rolle als dominierende Volkspartei der linken Mitte streitig zu machen. Eine entscheidende Rolle spielte dabei ebenfalls der Südwesten. Vor fünfzehn Jahren, am 27. März 2011, gewann Winfried Kretschmann sechzehn Tage nach der Atomkatastrophe von Fukushima den ersten seiner drei Wahlgänge; kurz darauf wurde er Ministerpräsident und damit als erster und bisher einziger Grüner Regierungschef eines deutschen Bundeslandes.

Doch tempi passati: Momentan erleben die Grünen das Ende ihres Aufwärtstrends; von den Hochzeiten von Fukushima oder Fridays for Future sind sie weit entfernt. Mit einer echten Anwartschaft auf die Kanzlerschaft dürfte es nach dem Scheitern von Annalena Baerbock 2021 und Robert Habeck 2025 auf unabsehbare Zeit vorbei sein. Und auch

»Die Wahlen im Südwesten werden zeigen, wie sehr sich das Bürgertum radikalisiert hat.«

alle zusammen oft nicht mehr zu einer einfachen Mehrheit im Stande. Deutlicher könnte der Bruch des deutschen Parteiensystems durch den Aufstieg der AfD nicht zum Ausdruck kommen.

Momentan spricht somit wenig dafür, dass der FDP nach ihrem zweiten Ausscheiden aus dem Bundestag noch einmal ein Comeback gelingen wird. Die Wahlen im Südwesten weisen jedoch über die FDP hinaus, werden sie doch auch Auskunft über die Frage geben, wie sehr sich das deutsche Bürgertum als ursprünglicher Träger des Liberalismus inzwischen radikalisiert hat und nach rechts gewandert ist. Dafür sprechen insbesondere die starken AfD-Werte im wirtschaftlich immer noch starken Baden-Württemberg. Dort könnten die Rechtspopulisten ihre 9,7 Prozent von 2021 glatt verdoppeln.¹ Mit geschickter Camouflage ist es der AfD gelungen, die durch die Schwäche der FDP entstandene Lücke zu schließen – als neo-liberale Partei der Schwarzen Null und des schlanken Staates, während man zu-

1 Die AfD schließt damit an die lange rechte Tradition in Baden-Württemberg an, wo die NPD in den späten 1960er und die Republikaner in den frühen 1990er Jahren um die 10 Prozent der Stimmen erzielten.

2 Auf der anderen, linken Seite des Parteienspektrums könnte dagegen der revitalisierten Linkspartei zum ersten Mal der Einzug in den Stuttgarter Landtag gelingen.

Winfried Kretschmann scheint ein Solitär zu bleiben. Die Umfragen sprechen dafür, dass im Zuge des fatalen Aufmerksamkeitsschwunds für das ökologische Thema die grüne Regentschaft mit der Wahl am 8. März endet und die Rückkehr zu »normalen Verhältnissen« besiegelt wird, sprich: zur Dominanz der CDU. Schließlich war Baden-Württemberg abgesehen von den liberalen Anfangsjahren stets schwarz wie die Nacht und Stamm-land der Konservativen. Insofern ist der dortige CDU-Sieg eigentlich längst »eingepreist«. Daraus folgt paradoxerweise, dass dem Wahlausgang in Baden-Württemberg bundespolitisch die größte Bedeutung speziell für die Union zukommt – und auch für den Kanzler höchstpersönlich. Sollte es dem prominenten grünen Spitzenkandidaten Cem Özdemir nämlich doch noch gelingen, den Turnaround gegen den blassen CDU-Chef Manuel Hagel zu schaffen, wäre das für die Union ein Desaster. Sie müsste fürchten, dass das Scheitern in Baden-Württemberg einen regelrechten Dominoeffekt auslöst.

Deshalb war jüngst sogar von einem »Maulkorb«-Erlass des Kanzlers die Rede, nachdem selbst die der CDU chronisch gewogene »Frankfurter Allgemeine Zeitung« in der Partei einen »Hort von Schnapsideen« (Jasper von Altenbockum) erkannt hatte, angesichts der Kakophonie immer absurderer neoliberaler Vorstöße aus wirtschaftsnahen Unions-Kreisen, von Merz' eigener Klage gegen »Lifestyle-Teilzeit« bis zur Forderung nach Privatisierung der Zahnbehandlung. Mit Blick auf den Wahlkampf und seine Wiederwahl zum Parteivorsitzenden auf dem Stuttgarter Parteitag wollte der Kanzler daher unbedingt die Lage beruhigen, was ihm allerdings nur bedingt gelungen ist.

All das zeigt: Die Angst geht um in der Union zum Auftakt des Superwahljahrs. Und das nicht ohne Grund: Denn wie entscheidend der Start sein kann, belegt das Jahr 2017. Damals war es der Sieg von Annegret Kramp-Karrenbauer im Saarland, der dem Hype um Martin Schulz ein

Ende machte. Dem folgte die Niederlage von Hannelore Kraft in Nordrhein-Westfalen. Damit war der Schulz-Zug vollends entgleist und der Traum von der Kanzlerschaft ausgeträumt. Für die Union wäre eine Niederlage in Baden-Württemberg ein vergleichbarer Schlag ins Kontor und ein herber Rückschlag für die nur zwei Wochen später stattfindende Wahl in Rheinland-Pfalz. Verliert die Union auch diese Wahl, hätte dieser Doppelschlag verheerende Auswirkungen auf ihre Chancen bei den Herbstwahlen im Osten.

Der Kampf um Rheinland-Pfalz

Von entscheidender Bedeutung für die SPD ist dagegen nicht die Wahl in Baden-Württemberg, sondern die in Rheinland-Pfalz am 22. März. Dort droht ihr die Abwahl ihres Ministerpräsidenten Alexander Schweitzer. Da die SPD im Süden und Westen ansonsten schon lange keine Rolle mehr spielt – in Baden-Württemberg muss sie wie in Bayern schon froh sein, wenn sie noch zweistellig wird –, wäre sie mit dem Verlust von Rheinland-Pfalz nur noch eine Nord-Ost-Partei, was eine fundamentale Verschiebung in der politischen Tektonik des Landes bedeuten würde. Lange waren Hessen und Nordrhein-Westfalen rote Hochburgen; inzwischen sind sie fest in der Hand der Union. Heute gibt es nur noch eine einzige SPD-Domäne, das ist der norddeutsche Gürtel von Niedersachsen über die beiden Hansestädte Bremen und Hamburg bis Mecklenburg-Vorpommern. Das macht die Wahl in Rheinland-Pfalz für die SPD so wichtig, als letzter roter Anker in einem schwarzen Meer im Süden und Westen des Landes.

Doch selbst wenn es Alexander Schweitzer nach dem Vorbild seiner Amtsvorgängerin Malu Dreyer gelingen sollte, den schwachen CDU-Kandidaten Gordon Schnieder, den Bruder des Bundesverkehrsministers, am Ende zu überholen, droht sich der Niedergang der SPD in den Ländern fortzusetzen. Denn längst hat, wie alle Umfragen belegen und spätestens die Kommunalwahlen in Nordrhein-West-

falen auch bewiesen haben, die AfD der SPD den Rang als die präferierte Partei der Arbeiterinnen und Arbeiter abgelaufen.

Und nun droht darüber hinaus auch der großflächige Einbruch der AfD in das Bürgertum. Gelingt es der Partei tatsächlich, in Baden-Württemberg als einer bürgerlichen Hochburg dieses Landes mehr als 20 Prozent zu erreichen, wäre dies ein weiterer entscheidender Schritt beim Aufstieg der Rechtsradikalen. Denn damit wäre der Beweis erbracht, dass die 20,8 Prozent bei der letzten Bundestagswahl keineswegs primär den ost-deutschen AfD-Hochburgen geschuldet waren, sondern die Partei auch im Westen in der Lage ist, zur zweitstärksten Kraft und damit zur zukünftigen Herausforderin im Kampf um Ministerpräsidentenämter zu werden. Der Osten wäre dann nur die Avantgarde einer sehr viel grundsätzlicheren Entwicklung.

Allerdings hat dieser scheinbar unaufhaltsame Aufstieg der AfD auch seine Tücken für die Rechtsradikalen. Bisher galt: Umso stärker die AfD wird, desto attraktiver wird sie, da sie zum einen an Reputation und Salonfähigkeit gewinnt und zum anderen an echtem politischem Einfluss. Das heißt, je näher die AfD der Macht kommt, umso relevanter und damit umso anziehender ist sie – einerseits. Andererseits aber wird die Nähe zur Macht jetzt auch zur ernststen Hypothek und möglichen Falle. Da die AfD in Sachsen-Anhalt beim für sie optimalen Ausgang sogar eine absolute Mehrheit erreichen und damit allein regieren könnte, wird der Blick auf die Partei enorm geschärft und auch kritischer. Plötzlich wird aus der vormaligen Protestpartei eine mögliche Macht- und Gestaltungspartei, mit unmittelbaren Folgen für das Schicksal des Bundeslandes.

Damit aber bekommen die jetzt bekannt gewordenen enormen Ausmaße von Vetternwirtschaft durch die fast inzestuös wirkende Beschäftigung ganzer Familienbande eine völlig andere Bedeutung. Der Lack ist ab von den angeblichen

Saubermännern und -frauen. Die AfD entpuppt sich als eine Ansammlung skrupelloser Glücksritter, die in erster Linie in die eigene Tasche wirtschaften. Hinzu kommt, dass in letzter Zeit immer deutlicher geworden ist, wie eng die Beziehung der Partei, insbesondere ihrer neuen Jugendorganisation »Generation Deutschland«, zu ihrem »progressiven Vorfeld« ist, insbesondere zur Identitären Bewegung (IB) Martin Sellners, nach dessen Verständnis von Remigration fünf bis sechs Millionen deutsche Staatsbürgerinnen und -bürger »besser in einem anderen Land leben« sollen.³ 2025 stellte das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig fest, dass das ethnisch-kulturelle Selbstverständnis der IB, das immer stärker in die AfD hineinwirkt, verfassungswidrig ist.⁴

All das könnte manche noch von der Wahl der AfD abschrecken, gerade vor dem Hintergrund einer denkbaren Regierungsbeteiligung. Denn in dem Maße, in dem aus der möglichen Machterlangung einer immer radikaleren AfD eine self-fulfilling prophecy zu werden droht, könnte diese Konsequenz für die Partei negativ, da abschreckend wirken.

Entscheidend wird sein, inwieweit die Wählerinnen und Wähler dieses verantwortungsethische Verständnis für die politischen Folgen ihrer Wahl heute überhaupt noch aufbringen. Die Wahlen im Südwesten sind damit auch ein Lackmustest für unsere Demokratie und eine Probe auf die zivilgesellschaftliche Verfasstheit dieses Landes. Überwiegt allein der Verdross über die etablierten Parteien – oder gibt es doch noch so etwas wie eine verantwortungsethische Mentalreserve, die von der Wahl einer gleichermaßen rechtsradikalen wie verantwortungslosen, allein auf den eigenen Vorteil abstellenden Partei abhält? Auch darüber haben die Bürgerinnen und Bürger bei den Urnengängen dieses Jahres zu entscheiden. ☐

3 Zit. nach Frederik Schindler, AfD sollte Abstand zu Sellner halten, in: »Die Welt«, 16.2.2025.

4 Theresa Weiß, Wer gehört zum Volk?, in: »Frankfurter Allgemeine Zeitung«, 16.2.2025.